Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1338 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 253. Dienstag, 28. Oktober 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Reichskanzler auf der Zentrumstagung.

Der Zentrumsparteitag.

ndz. **Berlin.** Im Sitzungssaal des preußischen Landtages begann am Montag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten a. D. Stegerwald der **Zentrumsparteitag** mit einer **großzügigen Rede des Reichskanzlers Marx,** der zugleich Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei ist.

Der Reichskanzler

entwickelte in eingehenden Darlegungen die außenpolitischen Aufgaben des deutschen Volkes, das, einig in dem Ziel, die Befreiung des deutschen Volkes zu erreichen, die übernommenen internationalen Verpflichtungen erfüllen müsse, dann aber auch verlangen könne, als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes über die Geschicke der Welt mitbestimmen zu dürfen. In der **inneren Politik** vertrat der Reichskanzler **das Festhalten an der Weimarer Verfassung** und betonte von neuem das ideale Ziel der Bildung einer Volksgemeinschaft des gesamten deutschen Volkes von rechts nach links. Er erblickte bereits in dem aus den verschiedenen Schichten zusammengesetzten Zentrum das Abbild einer solchen glücklichen Volksgemeinschaft. Schließlich entwickelte der Reichskanzler in programmatischen Sätzen die bevorstehenden **Aufgaben auf dem Gebiete der inneren Politik,** nachdem er noch inbezug auf die internationalen Beziehungen die Notwendigkeit von Handesverträgen betont hatte. In der Innenpolitik könne das deutsche Volk nie ein nationales Volk werden, wenn es nicht zugleich ein soziales Volk werde. Unter bestimmten Voraussetzungen wolle Deutschland das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ratifizieren. Die Steuerpolitik müsse eine gerechte Belastungsverteilung bringen, besonders sei eine **Inflationsgewinnsteuer die gerechteste aller Steuern.** Unter Erhaltung der stabilen Währung werde hoffentlich in Zukunft die Steuerschraube etwas gelockert **werden können.** Die Steuerreform mit einer Vereinfachung des Steuerwesens sei bereits in Vorbereitung. Zum Schluß ermahnte der Reichskanzler unter Hinweis auf die Kulturaufgaben seine Partei, ihre **christliche Gesinnung** durch ein Christentum der Tat zu bekunden. (Stürmischer, minutenlanger Beifall dankte dem Reichskanzler.)

Reichskanzler a. D. **Fehrenbach** beleuchtete in dem Rechenschaftsbericht der Reichstagsfraktion die Vorgänge der letzten Regierungskrise. Die Deutschnationalen hätten hauptsächlich vom Standpunkt der auswärtigen Politik nicht in die Regierung aufgenommen werden können. Wenn eine Regierung, so habe sich die Regierung Marx den Dank des Volkes verdient. Andererseits sei ein Anschluß nach links aus politischen und kulturellen Bedenken unmöglich gewesen. Es sei ein Verdienst des Kanzlers, daß er sich auf den idealen Gedanken der Volksgemeinschaft gestellt habe. (Lebhafter Beifall.) Eine glatte Unwahrheit sei es, daß die Zentrumspartei nicht geschlossen dastände. Die Partei stehe vom ersten bis zum letzten Mann auf dem Boden der Verfassung. Wenn es zu einer Erweiterung nach rechts komme, werde sich das Zentrum ebenso wenig auf das Programm der Deutschnationalen festlegen lassen wie früher auf das der Sozialdemokraten, sondern werde nur nach seinem eigenen Programm weiter arbeiten. **Geschlossen und einheitlich gehe das Zentrum in den Wahlkampf.**

Nach einer Begrüßung zahlreicher Gäste aus Oesterreich, Danzig und von der Saar rechtfertigte Reichskanzler a. D. **Wirth** die Haltung des sogenannten linken Flügels des Zentrums, stellte aber auch die Geschlossenheit der Partei in den Vordergrund, damit der Reichskanzler Marx seine bisherige Politik weiterführen könne, und zwar auf der allein möglichen mittleren Linie. Es dürfe im Zentrum weder einen rechten noch einen linken Flügel geben. (Beifall.)

Im weiteren Verlauf der Aussprache gab **Reichskanzler a. D. Fehrenbach** ein Glückwunschschreiben bekannt, das der Reichstagspräsident Wallraf an den Abg. **Spahn** gerichtet hat, der am 28. Oktober **40 Jahre dem Deutschen Reichstage angehört.**

Sodann wurden zwei Kommissionen, eine zur Vorbereitung der Wahlen zum Reichsparteivorstand und eine zur Vorberatung von Satzungsänderungen, gebildet.

Abg. **Esser**-Euskirchen folgerte aus dem Verlauf des Parteitags, daß man auf dem besten Wege zur Einigung und zur Sicherung der Einheit der Partei sei. Die Haltung der Deutschnationalen habe den Weg für den Wahlkampf wesentlich vorbereitet; die Deutschnationalen hätten wieder einmal alles zerschlagen. Die Veröffentlichungen des Grafen Westarp ständen im vollen Gegensatz zu den Erklärungen der deutschnationalen Parteiführer während der Regierungskrise. Es sei unmöglich, einen Mann wie den Abg. Laverrenz als Vertreter der Deutschnationalen in die Regierung zu nehmen, der nicht nur gegen das Eisenbahngesetz, sondern auch für einen kommunistischen Antrag gestimmt habe, der die Inkraftsetzung der Dawesgesetze um 2 Monate hinausschieben wollte, der ferner für das deutschvölkische Mißtrauensvotums gegen die Regierung gestimmt habe. Der Redner trat ferner für eine schleunige Lösung der brennenden Wohnungsfrage ein.

Justizminister **Beyerle**-Stuttgart bekundete, daß in Württemberg das Zentrum nur mit Widerstreben und nur unter dem Gesichtswinkel der realen politischen Notwendigkeiten die Regierungsverbindung mit den Deutschnationalen eingegangen sei. Bei einem Teil der Zentrumspartei in Württemberg herrsche darüber auch Mißstimmung.

Abg. **Ulitzka**-Oberschlesien hob hervor, daß das Zentrum bei den Wahlen in Oberschlesien die Früchte der Zentrumspolitik geerntet habe und daß das Zentrum in Oberschlesien an der Politik des Kabinetts Marx festhalten werde. Der Parteitag beweise, daß die von manchen Seiten erwartete Spaltung des Zentrums nicht eintrete.

Prälat **D. Kaas** gibt gleichfalls der Meinung Ausdruck, **daß das Zentrum mit Mut und Zuversicht in den Wahlkampf hineingehen könne.**

Unstimmigkeiten auf dem Sozialdemokratischen Parteitag.

tsd. **Dresden.** Dem Telunion-Sachsendienst wird von vertrauenswürdiger Seite geschrieben: Die bisher erschienenen Berichte über den Sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig können bei der Art, wie die Geschäfte erledigt worden sind, erklärlicherweise nur unvollständig sein und haben daher zu mißverständlicher Auffassung Anlaß gegeben. Besonders auffällig könnte es erscheinen, daß gerade die einschneidendsten Beschlüsse einstimmig gefaßt worden sind, sodaß der Eindruck erweckt wird, die Minister und die Vertreter der Landtagsfraktion hätten den Beschlüssen ebenfalls zugestimmt, seien also gewissermaßen umgefallen. In Wirklichkeit hat sich folgendes abgespielt: Die Tagesordnung wurde umgestellt und zwar wurde der ursprünglich letzte Punkt der Tagesordnung, **Beschlußfassung über das neue Organisationsstatut,** zuerst verhandelt. Dieses sieht aber vor, daß nur die gewählten Delegierten auf dem Parteitag Stimmrecht haben. Mit der Annahme des Organisationsstatuts war also den Vertretern der Landtagsfraktion das **Stimmrecht genommen,** zumal da der Vorsitzende des Parteitags Abg. Arzt erklärte, das Organisationsstatut träte mit seiner Annahme sofort in Kraft. Damit war schon für den zweiten Verhandlungstag den Vertretern der Landtagsfraktion das Stimmrecht entzogen.

Wie wenig der Parteitag geneigt war, objektiv zu handeln, geht auch daraus hervor, daß, trotz der heftigsten Angriffe des Referenten für den Punkt **„Reichstagswahlen"** Abg. Fleißner gegen die sächsische Koalitionspolitik, es dem Ministerpräsidenten Held nur möglich war, die **Stellungnahme der Minister und der Landtagsvertreter** in folgender Erklärung zu präzisieren:

„Der Genosse Fleißner hat entgegen dem Willen und dem Beschlusse des Landesparteitags, den Sachsenkonflikt nicht zu erörtern, die bestehende sächsische Regierungskoalition in der schärfsten Weise angegriffen. Da wir durch den Beschluß des Parteitags gehindert sind, den Nachweis zu führen, daß die Behauptungen des Gen. Fleißner über die sächsische Koalitionspolitik unhaltbar sind, und den Tatsachen nicht entsprechen, so erklären wir anwesenden Minister und Vertreter der Landtagsfraktion, daß die bestehende Koalition in Sachsen im Interesse der werktätigen Bevölkerung eingegangen wurde und daß wir glauben, dem sächsischen Proletariat in jeder Weise gedient zu haben."

Das Referat des Abg. Fleißner war übrigens derart inhaltlos und oberflächlich, daß in weiten Kreisen des Parteitags Aeußerungen der Unzufriedenheit und des Unwillens darüber laut wurden.

Um das Schicksal des sächsischen Landtages.

)(**Dresden.** Nachdem sich die Deutschnationalen und der sozialdemokratische Landesparteitag für die Auflösung des sächsischen Landtages ausgesprochen haben, wird sich der voraussichtlich am 4. November zusammentretende Landtag sofort mit dieser Frage zu befassen haben. Eine Landtagswahl gleichzeitig mit der Reichstagswahl am 7. Dezember wäre indessen nur noch möglich, wenn vorher das sächsische Wahlgesetz, wonach die Wählerlisten mindestens vier Wochen vor dem Wahltermin ausliegen müssen, abgeändert würde, es müßte also vor Auflösung des Landtages noch ein Gesetzentwurf verabschiedet werden, der die vorgesehene Frist von vier auf drei Wochen herabsetzt. Der Aeltestenrat und die Mehrzahl der Landtagsfraktionen nehmen ihre Arbeiten bereits am 1. November wieder auf.

Die Kreiswahlvorschläge betr.

)(**Berlin.** Nach dem Reichswahlgesetz müssen die Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 Wählern unterzeichnet sein. Anstelle von 500 Wählern **genügen 20,** wenn glaubhaft gemacht wird, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Wahlvorschlages sind. Der Reichsminister des Innern hat empfohlen, für die Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, **diese Glaubhaftmachung ohne weiteres als erbracht** anzusehen. Zu diesen Parteien zählen folgende: Bayerische Volkspartei, Bayerischer Bauernbund, Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutschsoziale Partei, Landliste, Liste der Kommunisten, Nationalsozialistische Freiheitspartei, Sozialdemokratische Partei, Wirtschaftsgruppe der Deutsch-Hannoverschen Partei und Wirtschaftspartei.

„Mehr Land dem Volke!"

Unter dieser Parole veranstaltete der **Reichsverband der Kleingartenvereine** am Sonntag im Reichstag eine gewichtige Kundgebung für den Kleingartengedanken. Die Provinzialverbände und viele Pflanzer- und Gartenbauvereine hatten aus allen Teilen Deutschlands zu dieser Versammlung ihre Vertreter entsandt. Der stellvertretende Vorsitzende W. Reinhold-Berlin bemängelte in seiner Ansprache die Gesetzgebung, die zum Teil die Siedlungsbewegung hindere; er verlangte die Freiheit für die Stadtverwaltungen, die Siedlungsbewegung in dem Sinne zu fördern, daß **mehr Land dem Volke** zur Verfügung gestellt werden könne. Ebenso betonte der Vorsitzende des Verbandes Rektor Förster-Frankfurt (Main) die wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeit der Siedlungsbestrebungen, um den psychischen und physischen Wiederaufbau des deutschen Volkes zu ermöglichen. Der Versammlung wohnte auch der Präsident des Reichsgesundheitsamtes bei.

Dr. Heinze über künftige Politik.

Gegen den Linksblock.

In einem Familienabend der Deutschen Volkspartei in **Löbau** am Sonnabend abend sprach Reichsjustizminister a. D. Exz. **Dr. Heinze** in einer politisch bedeutsamen Rede über **die vergangene Krise und die künftige Politik.** Die tieferen Gründe für die Krise liegen nach seiner Ansicht in den verworrenen parteipolitischen Verhältnissen, dem stark demokratischen Einschlag der Reichsverfassung und der mangelnden Festigkeit in der Führung der politischen Linie. Die **Demokratie** mache der Monarchie den Vorwurf, daß der Monarch die Wahrheit nicht hören wolle. Aus seiner Zusammenarbeit mit dem früheren König Friedrich August könne er sagen, **daß das Volk oft die Wahrheit nicht hören will.**

Eine der wesentlichsten künftigen Aufgaben ist **Aenderung der Reichsverfassung,** die sehr reformbedürftig ist. Dadurch, daß das Kabinett das Dawes-Gutachten zuletzt noch in den Wahlkampf warf, wurde die politische Linie abgebogen, und es fehlte dem Wahlkampf klares Ziel und rechte Parole. Für die **Deutsche Volkspartei** war die Annahme des Dawes-Gutachtens unerläßlich, um nach außen hin eine gewisse Beruhigung zu schaffen, dem Verfall der Währung vorzubeugen, die wirtschaftlichen Verhältnisse durch Kredite wieder in die Höhe zu bringen und die besetzten Gebiete zu befreien. Wurde das Gutachten abgelehnt, mußte möglicherweise mit einer Separation des Rheinlandes gerechnet werden.

In Bezug auf **auswärtige Politik** entstehen Schwierigkeiten bei den Rechtsparteien (Deutschnationalen und Völkischen), in Bezug auf innere Politik bei den Linksparteien. **Wie das Dawes-Gutachten nur mit den Deutschnationalen angenommen werden konnte, so kann es jetzt mit diesen auch nur durchgeführt werden.** Die **Sozialdemokraten** haben es zwar angenommen, sind aber jetzt nicht für eine Politik zu haben, die die Durchführung desselben ermöglicht. Zu dieser ist notwendig vernünftige Handels-, Steuer- und Zollpolitik, dafür aber sind die Sozialdemokraten nicht zu gewinnen. **Solange eine Partei in jeder Zollfrage nur Brotwucher sieht, kann mit ihr ersprießliche Politik nicht gemacht werden.** Um eine feste Mehrheit für Durchführung des Gutachtens zu schaffen, hat die Deutsche Volkspartei den Deutschnationalen versprochen, ihnen in die Regierung zu verhelfen. Das Versprechen geschah also aus politischen Gründen, und diese kann ihr auch die Demokratie nicht abstreiten. Auch für die übrigen großen Fragenkomplexe, wie Schul-, Beamten- und Aufwertungsfragen, ist die Sozialdemokratie nicht zu haben. Denn gerade die Behandlung der letzteren setzt eine zielbewußte Finanzpolitik voraus.

Der Regierung muß zum Vorwurf gemacht werden, daß sie **die Krise hat zerflattern lassen.** Der Reichskanzler mußte vorher wissen, ob die großen Fragen ohne die Deutschnationalen und mit der Sozialdemokratie gelöst werden konnten oder nicht. Er mußte sich ein Kabinett mit den Deutschnationalen bilden, mußte mit diesen ein scharf umrissenes Programm aufstellen und mit dem Programm den Reichstag anrufen. Dann wäre eine Wahlparole dagewesen. Das deutsche Volk kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß Politik vier Wochen lang in Kulissengesprächen gemacht wird, von denen selbst die Reichstagsabgeordneten nicht alles wissen. **Der Kampf mußte vor aller Oeffentlichkeit geführt werden,** damit klar gesehen wurde, welche Partei dem Wiederaufstieg Deutschlands im Wege steht. Wenn jetzt nicht die politischen Parteien ein festes Programm vor das Volk bringen, wird auch dieser Wahlkampf zerflattern.

Nach dieser Seite hin schneidet das republikanische System sehr zu ungunsten des kaiserlichen ab. Denn dieses führte Politik mit größerem Schneid, wie die Politik Bülows beweist, der für sein Programm zu werben verstand. Der Kampf muß hauptsächlich um die innere Politik gehen, denn die äußere Politik ist durch die Annahme des Dawes-Gutachten festgelegt. **Keine der schwebenden Fragen (Steuer-, Beamten- und Aufwertungsfragen) hat der verflossene Reichstag gelöst.** Er hat seine Zeit mit Regierungskrisen verzettelt. An den kommenden Reichstag muß die Forderung gestellt werden, daß er arbeitet und nicht redet, damit endlich die Aufgaben gelöst werden, die für den Wiederaufstieg Deutschlands nötig sind. Ein wirtschaftlicher Aufstieg ist nach Annahme des Dawes-Gutachtens bereits eingetreten, unsere Aufgabe muß sein, durch entschiedenes Handeln ihn weiterzuführen zur alten Blüte. Die Blüte Deutschlands aber haben wir zu danken gehabt dem entschiedenen Handeln des alten Systems, Bismarck und unserem Heere.